

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine Kabinettskrise in Frankreich.

Loucheur wird über neue Pläne verhandeln.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat wird sich heute mit den Konsequenzen der mit 16 gegen 7 Stimmen erfolgten Abstimmung über das Loucheursche Sanierungsprogramm beschäftigen, nachdem bereits am Montagabend Briand zusammen mit Loucheur, Painlevé und dem Unterstaatssekretär im Finanzministerium Morel über die durch das gestrige Votum in der Finanzkommission geschaffene Situation beraten hatte. In parlamentarischen Kreisen gilt es als ausgeschlossen, daß es darüber zu einer Kabinettskrise kommen wird. Dagegen gilt die Stellung Loucheurs als Finanzminister schwer erschüttert. Er hat zwar in der vergangenen Woche erklärt, daß er zu einer weitgehenden Abänderung seiner Vorlagen bereit sei und es ist deshalb anzunehmen, daß er nunmehr den Versuch machen wird, mit der Kommission über eine Reihe neuer Gesetzentwürfe zu verhandeln. Es ist jedoch sehr fraglich, ob eine solche Verständigung noch möglich sein wird. In parlamentarischen Kreisen ist man jedenfalls der Auffassung, daß Loucheur früher oder später die Konsequenzen aus der fast in allen Parteien bestehenden Opposition gegen sein Finanzprogramm wird ziehen müssen.

Die 16 Stimmen, die am Montagabend die Vorlage zu Fall gebracht haben, setzten sich zusammen aus denen der Kommunisten, der Sozialisten, einem Teil der Radikalsozialen und mehreren Mitgliedern der Rechten.

Keine Hoffnung auf amerikanische Schuldenstreichung

New York, 15. Dezember. (W.T.B.) Staatssekretär Kellogg hielt heute vor dem Rat für auswärtige Beziehungen eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Seit dem Weltkriege ist es augenscheinlich, daß Europa aufrichtige Anstrengungen macht, sich von dem alten System eines Machtgleichgewichts, das seine Unterstützung in Militärbindnissen findet, zu befreien. Die jüngsten Ereignisse lassen die Hoffnung ge-

rechtfertigt erscheinen, daß das gegenseitige Mißtrauen durch gegenseitiges Vertrauen mit seinen normalen Begleiterscheinungen Verfohnung und Schiedsgericht ersetzt werden kann. Die Verträge von Locarno enthalten zwar militärische Bürgschaften für Belgien, Frankreich und Deutschland, sind aber nicht auf der Grundlage des alten Machtgleichgewichts aufgebaut, das Europa in Militärklagen teilte, die ständig aufeinander eifersüchtig waren und nach weiterer Rüstung und weiterem Machtzuwachs strebten. Dies bedeutete nicht das alte Gleichgewicht der Mächte, sondern hier wurde ein regionaler Pakt abgeschlossen, der von fortwirkender Bedeutung für den Frieden und die Wohlfahrt Europas sein muß. Ich will nicht behaupten, daß der Weltfrieden allein durch Verträge und Uebereinkünfte aufrechterhalten wird. Ich lege ebensowenig Wert auf den Geist von Locarno, wie auf die Verträge von Locarno.

Der Staatssekretär wandte sich dann der Frage der ausländischen Schulden zu und erklärte, es sei in letzter Zeit viel von den harten Bedingungen über die Rede gewesen, die Amerika seinen Schuldnern auferlegt habe. Diesfach wurde, fuhr er fort, die Ansicht vertreten, daß wir diese Schulden hätten ganz und gar streichen sollen. Die amerikanische Regierung hat immer auf die Selben und Verluste der Schulschnationen Rücksicht genommen. Aber es war Zeit, daß Amerika sich bemühte, diese viel umstrittene und schwierige Frage endgültig zu lösen. Dies war nicht nur vom innerpolitischen Standpunkt aus notwendig, sondern ebenso, um Europa zu rehabilitieren, den internationalen Kredit zu stützen und die europäische Industrie wieder herzustellen. Die Schulden gänzlich zu streichen, war unmöglich, selbst wenn die Umstände dies erlaubt hätten, wäre es noch meiner ehrlichen Ueberzeugung unklug gewesen. Es hätte nicht nur die amerikanische Regierung mit der größten Bürde belastet, sondern hätte nicht einmal dem wirklichen Interesse der Schuldernationen entsprochen.

Im Laufe des Nachmittags der Konferenz der Parteiführer unterbreiten will. Auf dieser werden die Demokraten durch Koch, Haas und Erkelenz, das Zentrum durch Fehrenbach und Marx, die Volkspartei durch Scholz, Curtius und Brüninghaus vertreten sein. Für die Sozialdemokratie werden die Genossen Hermann Müller, Wels und Dittmann teilnehmen.

Aus dem Landtag.

Beratung des Justizhaushalts.

In der heutigen, um 11 1/2 Uhr begonnenen Sitzung wurde die dritte Beratung des Justizhaushalts fortgesetzt.

Zunächst berichtete Abg. Göbel (Z.) über die Ausschussberatung zu der Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen, deren Genehmigung der Ausschuss empfiehlt.

Abg. Obuch (Komm.) erstattet Bericht über die Beratung des Rechtsausschusses zu dem sozialdemokratischen Antrag gegen die Fememorde. Der Antrag fordert vom Staatsministerium, seinen Einfluß bei der Reichsregierung in folgendem Sinne geltend zu machen: Um den sich häufenden Fememorden zu begegnen, sind mit größter Beschleunigung Strafbestimmungen zu schaffen, die ein wirksames Einschreiten gegen Vereinigungen und Verbindungen aller Art ermöglichen, die eine rechtswidrige private Fememordjustiz gegen ihre eigenen Mitglieder oder gegen Außenstehende beabsichtigen oder androhen. Ein derartiger Zusammenschluß ist als Bedrohung der öffentlichen Rechtssicherheit auch dann unter Strafe zu stellen, wenn es zu Plänen oder zu Ausführungshandlungen gegen bestimmte Personen noch nicht gekommen ist. Mit Strafe zu bedrohen ist die Zugehörigkeit zu derartigen Vereinigungen in Kenntnis ihres Zwecks. Mit erschwerter Strafe zu bedrohen sind Personen, die derartige Vereinigungen leiten, die andere auffordern oder selbst sich bereit erklären, an der Fällung oder Vollstreckung von Fememurteilen aktiv mitzumachen, auch wenn die Aufforderung oder die Beteiligung nur allgemein und noch nicht in Beziehung auf bestimmte Personen erfolgt ist.

Der Berichterstatter betont, daß sich zurzeit 28 Personen wegen Fememorden in Untersuchungshaft befinden, darunter 18 Offiziere und Fähnriche.

Im Verlauf der Aussprache teilte Staatssekretär Frische mit, daß die Voruntersuchung gegen Barbat abgeschlossen sei, wegen Eröffnung des Hauptverfahrens müsse noch Beschluß gefaßt werden. Jrgendwelche Veranlassung, daß Barbat Vermögensstücke in Sicherheit gebracht habe, läge nicht vor.

Keine zweite Dawes-Anleihe.

Parler-Wilberts Reise nach Amerika.

Zu den Meldungen, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen nach Amerika reise, um das Problem weiterer Kreditgewährung an Deutschland und der Aufgabe einer zweiten Dawes-Anleihe zu fördern, wird offiziös erklärt, daß maßgebende Kreise in Deutschland nicht beabsichtigten, eine derartige Anleihe aufzunehmen und daß auch ein solches Ersuchen Deutschlands nicht an den Generalagenten gerichtet worden ist. Seine Reise hängt möglicherweise mit der Realisierung und Unterbringung der Eisenbahnobligationen zusammen, die Deutschland in Erfüllung seiner Verpflichtung dem Treuhänder Delacroy ausgehändigt hat und die Deutschland auch vorstufmäßig verzinst.

Die deutsche Handelsvertragsdelegation, mit Staatssekretär Trendelenburg an der Spitze, trifft heute in Paris ein.

Wer zahlt die Lohnsteuer?

Die beiden untersten Einkommensklassen zahlen 80 Pro.

Unternehmer und Rechtsparteien haben stets die gewaltige Steuerleistung der Massen, wie sie in der Lohnsteuer besteht, herabzuziehen versucht. Früher behaupteten sie, die Lohnsteuer würde auf die Unternehmer abgewälzt. Neuerdings wird behauptet, daß die höheren Einkommen den größten Teil der Lohnsteuer ausbringen. Beide Behauptungen sind unrichtig. Da es jedoch an einer genauen Statistik über die Lohnsteuer fehlt, konnte bisher der Irreführung der Öffentlichkeit durch die Unternehmer nicht erfolgreich entgegengetreten werden.

In dem Gesetzentwurf über die Senkung der Lohnsteuer, der gegenwärtig den Reichstag beschäftigt, hat das Reichsfinanzministerium nun zum erstenmal genaue zahlenmäßige Unterlagen geliefert, aus denen die innere Verteilung der Lohnsteuer hervorgeht. Diese Unterlagen beziehen sich auf die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, auf die Höhe ihres Einkommens und auf ihren Familienstand. An Hand dieser Unterlagen läßt sich nun ein genaues Bild gewinnen über die Wirkung der Lohnsteuer und über die Frage, von welchen Einkommensgruppen die größten Erträge geliefert werden.

Nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums sind im gesamten Reichsgebiet etwa 22,3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger vorhanden. Im Frühjahr 1925 rechnete man nur mit 21 Millionen. Im Jahre 1913 gab es auf dem größeren Gebiet und bei der größeren Bevölkerungszahl nur 14,4 Millionen versicherungspflichtige Arbeitnehmer. Auch wenn diese Zahlen nicht ohne weiteres mit einander zu vergleichen sind, so ist doch kein Zweifel daran, daß die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger stark gestiegen ist. Von den 22,3 Millionen Arbeitnehmern zahlen 3,3 Millionen keine Lohnsteuer, weil ihr Einkommen unter den Freigrenzen liegt. Es bleiben also rund 19 Millionen Lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer.

Wie verteilen sich diese 19 Millionen nach dem Familienstande. Die Regierung nimmt an, daß von 100 Steuerpflichtigen, 60 ledig und 40 verheiratet, also 11,4 Millionen ledige und 7,6 Millionen verheiratete Steuerpflichtige vorhanden sind. Von den 7,6 Millionen sind verheiratete Lohnsteuerpflichtige ohne Kinder 1,246 Millionen, mit einem Kinde 1,451 Millionen, mit zwei Kindern 1,428 Millionen, mit drei Kindern 1,178 Millionen, mit vier Kindern 874 000. Der Rest entfällt auf die Verheirateten mit fünf und mehr Kindern. Die Bedeutung dieser Zahlen beruht auf der Tatsache, daß fast zwei Drittel aller Steuerpflichtigen ledig sind. Noch wichtiger ist die Frage: Wie verteilen sich die Steuerpflichtigen nach der Höhe ihres Einkommens? Das Reichsfinanzministerium unterscheidet hierfür folgende fünf Gruppen:

Jahreseinkommen	im Durchschnitt	Zahl der Steuerpflichtigen	Anteil an Gesamtbev.
bis 2400 —	1700	17 024 000	80,6 Proc.
2400 — 5000	3600	1 620 000	8,0 "
5000 — 9000	6600	225 000	1,2 "
9000 — 15000	12000	60 000	0,3 "
15000 — 30000	20000	88 000	0,2 "

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß die Gruppe der Steuerpflichtigen bis zu 2400 Mark Jahreseinkommen fast neun Fünftel der Gesamtzahl umfaßt; die Einkommen über 5000 Mark aber noch nicht mit zwei Prozent beteiligt sind. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen kann man errechnen, wie sich der Ertrag der Lohnsteuer auf die einzelnen Einkommensgruppen verteilt, und zwar nach der bisherigen Regelung und nach der Regelung, wie sie vom 1. Januar 1926 ab gelten wird.

Durchschnittseinkommen	höher	Ertrag der Lohnsteuer	Anteil an Gesamtbev.
Mark	in Mill. Mark	in Prozenten	in Prozenten
1750	993,0	63,2	55
3000	357,5	22,6	27
6000	109,4	7	8,0
12000	56,5	3,6	4,5
20000	24,2	3,4	4,4
Gesamtanzahl	1 569,6		100

Es ergibt sich also, daß die Einkommen der Durchschnittsgruppen von 1750 und 3000 M. sowohl gegenwärtig wie nach Annahme der Regierungsvorlage mehr als vier Fünftel des Gesamtertrages der Lohnsteuer ausbringen, nämlich bisher 86 Proz. und künftig 82 Proz. Alle übrigen Einkommen bringen noch nicht ein Fünftel des Gesamtertrages, nämlich bisher 13,9 Proz. und künftig 7,7 Proz. Mit diesem Ergebnis sind alle Behauptungen der Arbeitgeber, daß die hohen Einkommen einen irgendwie nennenswerten Anteil am Ertrag der Lohnsteuer haben, schlagend widerlegt. Darüber hinaus sind aber noch zwei andere wichtige Zusammenhänge erwiesen.

Die Tatsache, daß nahezu zwei Drittel aller Steuerpflichtigen ledig sind, ist der beste Beweis dafür, daß eine allgemeine Ermäßigung der Lohnsteuer nur durch ausreichende Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags erfolgen kann. Daneben beweisen die Zahlen über die Verteilung nach dem Familienstand, daß innerhalb der Familienermäßigungen der Ermäßigung für das erste und zweite Kind die größte Bedeutung zukommt. Eine Ermäßigung für das erste Kind wirkt sich bei 6,4 Millionen Steuerpflichtigen aus, eine Ermäßigung für das zweite Kind aber nur noch bei 2,3 Millionen.

Kochs Mission.

Voreiliger Optimismus.

Der Versuch des demokratischen Parteiführers Dr. Koch, eine Regierung zu bilden, wird von der Rechten mit Hohn, von der Volkspartei mit kühlster Reserve, vom Zentrum mit Sympathie, von der Sozialdemokratie mit Wohlwollen und Skepsis aufgenommen. In der demokratischen Presse herrscht ein voreiliger Optimismus, vor dem wir warnen möchten.

Wenn man die Dinge so darstellt, als ob das Kabinett Koch beinahe schon fertig wäre, und wenn es nur an der erprobten Geschicklichkeit des demokratischen Parteiführers läge, die letzten Hindernisse zu beseitigen, so kann das Ende leicht bittere Enttäuschung sein. Auch die demokratische Presse sollte doch nicht übersehen, daß zu einer sachlichen Verständigung noch nicht einmal der Anfang gemacht ist.

Es geht auch nicht an, von den sozialdemokratischen Vorschlägen für ein künftiges Regierungsprogramm so zu sprechen, als ob sie gar nicht als „Forderungen“ gemeint seien, sondern nur als eine Verhandlungsgrundlage, die eine grundsätzliche Aenderung erfahren und schließlich ganz in Vergessenheit geraten könnte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat allerdings keine Bedingungen in ultimativer Form gestellt, und sie hat sich mit ihren Vorschlägen in Grenzen gehalten, die von objektiven Beurteilern als durchaus maßvoll anerkannt worden sind. Sie hat sich auf das Mindestmaß beschränkt, was sie im Interesse der notleidenden Massen des arbeitenden Volkes für notwendig hält. Sie war sich dabei aber auch dessen bewußt, daß auf dem andern Flügel der geplanten Koalition ganz andere Auffassungen vorherrschend sind, und sie hat darum von vornherein an der Möglichkeit einer Verständigung gezweifelt.

Was ist bisher geschehen, um diese Zweifel zu beseitigen? Nichts, aber auch gar nichts! Denn soll man es als eine Ermütigung betrachten, wenn die „Rölnische Zeitung“ die Große Koalition einen „Wechselbalg“, eine „partei-theoretisch konstruiertes Hindernis einer vernünftigen Regierungsbildung“ nennt, das so rasch wie möglich aus dem Wege geräumt werden muß? Die „Rölnische Zeitung“ spricht damit nur mit etwas größerer Offenherzigkeit aus, was die „Tägliche Rundschau“ meint. Und wenn dieses volksparteiliche Blatt dann verkündet, es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Vorschläge der Sozialdemokratie als „bestimmte Forderungen“ oder als „unverbindliche Wünsche“ aufzufassen sind, so verrät es damit die Absicht, die sozialdemokratischen Unterhändler zunächst einmal zu einer Preisgabe ihrer Vorschläge zu drängen, um sich dann alles weitere vorzubehalten.

Wer das doch wahrhaftig begreifliche Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen die Volkspartei kennt und wer das Verhalten der volksparteilichen Presse während dieser Krise aufmerksam verfolgt, der kann doch gemäß nicht zu der Auffassung kommen, daß die Große Koalition so gut wie gesichert sei.

Optimisten seien gewarnt!

Herr Koch hat das Regierungsprogramm ausgearbeitet, daß er heute mittag der demokratischen Fraktion vorlegen und

Schließlich sprechen diese Zahlen zugleich das Urteil über das bisher bestehende System der Familienermäßigungen. Weil die prozentualen Familienermäßigungen für die hohen Einkommen eine ungerechtfertigt große Steuerentlastung hervorgerufen, ist ihr Anteil am Gesamteinkommen so stark zurückgegangen. Nur wenn die prozentualen Familienermäßigungen beseitigt werden, kann es gelingen, den Anteil der hohen Einkommen an der Gesamtsteuerlast wirksam zu erhöhen.

Arbeit für den Sparkommissar.

Wie es bei der Reichsgetreidestelle aussieht.

Das Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen, an dessen Spitze der Reichsblockhauptideologe Böbell und der Sparkommissar Saemisch stehen, hat vor einigen Tagen in seiner Aktion-Veranstaltung geäußert, es bei seinen Bemühungen um die Erzielung von Ersparnissen zu unterstützen. Wir möchten diesem Wunsche nachkommen und gestalten uns deshalb, Herrn Saemisch auf die Zustände in der Reichsgetreidestelle aufmerksam zu machen, die hoffentlich auch das Interesse des Reichsernährungsministers Ranitz erwecken werden.

Die Reichsgetreidestelle befindet sich seit längerer Zeit in Liquidation, die ursprünglich am 1. Oktober beendet sein sollte. Trotzdem aber sind immer 32 Personen dort tätig. Wenn eine entsprechende Arbeit noch zu leisten wäre, könnte man dagegen nichts einwenden. Aber angesichts der Tatsache, daß von diesen 32 Personen nur ganz wenige den Gehaltsgruppen angehören, von denen für gewöhnlich die wirkliche Arbeit geleistet wird, darf man wohl zweifeln, ob ein so aufgeschlüsselter Apparat noch erforderlich ist. Eingeweihte Kreise erzählen deshalb auch, daß bisher bei dieser Stelle nicht weiter abgebaut wurde, sei auf die große Zahl höherer Angestellter zurückzuführen, die dort tätig ist. Von den 32 Angestellten gehören mindestens 20 zu den höheren Gruppen. Der Liquidator bezieht ein Gehalt von 2200 M. monatlich, fünf Prokuristen ein Gehalt von je 1500 M. Außerdem erhalten 14 Angestellte das Gehalt der Gruppe XI nebst Funktionszulage.

Wenn es ferner zutrifft, daß einige dieser gut bezahlten Herren einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit für ihre privaten Geschäfte benutzen, so wird sicherlich die Öffentlichkeit bald die Nachricht erhalten, daß Herr Saemisch die überflüssigen höheren Beamten rückstandslos abgebaut hat. Denn wir sind überzeugt davon, es ist ihm ein inneres Bedürfnis, den Beweis zu führen, daß er gerade dort für Sparsamkeit sorgt, wo sie am ersten zu erzielen ist.

Ein neuer Fememord.

Mitteilungen eines Eingeweihten.

Im Sozialwissenschaftlichen Club in Berlin sprach am Montagabend vor einem geladenen Kreise der Autor der aufsehenerregenden „Weltbühnenartikeln“ über die Fememorde. Er teilte bei dieser Gelegenheit einen neuen Fall mit, von dem anzunehmen ist, daß auch hier ein Fememord vorliegt. Es handelt sich um einen 25-jährigen Bader aus Frankfurt a. d. Oder, namens Legener, der auf Veranlassung eines Leutnants Weichamp und eines Oberleutnants Putschinski in die Schwarze Reichswehr eingetreten war. Seit Februar 1923 ist Legener spurlos verschwunden. Seiner Mutter wurde erklärt, er sei unter dem Verdacht einer Munitionsschießung flüchtig geworden und werde sechsbrieflich gesucht. Als später die Mitteilungen von den Fememorden durch die Öffentlichkeit gingen, wurde die Mutter stumm. Es wurden da private Ermittlungen angestellt. Das Artilleriekommando in Jüterbog erklärte, man könne sich der Sache jetzt nicht mehr erinnern, glaube aber, daß Legener zum Arbeitskommando des Wehrregiments III, also zum bekannten Oberleutnant Schutz, geschickt worden sei. Andere Ermittlungen ergaben, daß von Küstrin aus eine Abteilung auf das Gut Betschen

eines Grafen Dohna in der Nähe von Meseritz im Februar 1923 gelegt wurde. Es ist jedoch vorerst nicht erwiesen, ob Legener zu dieser Abteilung gehörte. Festgestellt werden konnte aber inzwischen, daß ein Unteroffizier Brauer damals erzählt hat, in Betschen seien „schlimme Dinge“ passiert. Einer der mit den Fememorden befaßten Untersuchungsrichter soll, als ihm der Fall mitgeteilt wurde, mit dem Bemerkten abgelehnt haben, man müsse abwarten, da die Mutter ihren Sohn noch nicht als vermißt gemeldet habe. Der Schwester des vermißten Legener wurde, als sie sich um die Klärung der Angelegenheit bemühte, von einer unbekanntem Seite gedroht, sie solle mit den Nachforschungen nach ihrem Bruder, dem es „gut gehe“, aufhören, da es ihr und ihren Kindern im anderen Fall „sehr drehtig“ gehen würde.

Es dürfte jetzt Sache der Polizei sein, zu diesen Enthüllungen Stellung zu nehmen und zu erklären, wie weit der Fall Legener bereits gefährt ist.

Arbeitgeberkorruption.

Eine Feststellung.

Die Reichsleitung der Jungsozialisten bittet um Aufnahme folgender Feststellung:

In der „Frankfurter Zeitung“ und in der „Völkischen Zeitung“ äußert sich die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gegen die v. Borstg. zu einem Artikel des demokratischen Gewerkschaftsführers Ernst Lemmer. In diesem Schreiben wird von einer Schiffsreihe jungsozialistischer Autoren gesprochen, die vom Firm. Verlag geplant und herausgegeben worden sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß Jungsozialisten an der fraglichen Schiffsreihe nicht beteiligt und jungsozialistische Schriftsteller mit diesen Vorgängen in keinerlei Zusammenhang zu bringen sind.

Aufhebung von Wohnungsbeschlagnahmen

Ein Erfolg deutschen Einspruchs.

In Jülich hatten die Besatzungsbehörden infolge der Umgruppierung der Besatzungstruppen zuerst 145 Wohnungen verlangt, dann dieses Begehren auf 40 Wohnungen verringert. Das belgische Oberkommando hat infolge deutschen Einspruchs alle diese Wohnungsbeschlagnahmen aufgehoben. Es werden jetzt nur noch 5 Wohnungen verlangt und diese werden von einem Belgier und einem Deutschen gemeinsam ausgeübt.

Stille Börse.

An der heutigen Börse war das Geschäft recht still, da man aus verschiedenen Gründen größere Zurückhaltung beobachtete. Einmal verstimmt die noch nicht vollzogene Kabinettsbildung, zum anderen beachtete man die erfolglosen Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn und schließlich zeigte sich Ultimogeld mehr als bisher gesucht. Infolge der Prämienrückstellungen kam auf den verschiedensten Märkten teilweise reichlich Material heraus, das zusammen mit verschiedenen Baissen die Kurse auf der ganzen Linie zum Ermatien brachte.

Bon Montanaktien waren Phönix und Harpener stärkerem Druck ausgesetzt infolge Lauchoperationen. Rheinisch, Gelsenkirchen und Laura und Caro befestigt. Spätere leichte Gewinne am Montanmarkt konnten nicht gehalten werden. Farben still und behauptet mit Ausnahme von Badisch-Anilin. Auch Chemische Heyden und Oberlofs infolge von Gewinnrealisationen rückgängig. Elektroaktien bis zu 1/2 Proz. abgeschwächt, mit Ausnahme von Licht und Kraft. Bon sonstigen Industrieaktien waren Linde-Hofmann, NAG, Wolf, Schullheiß, Hochbahn und vor allem Schubert-Salget erheblich gebessert. Desaktien freudlich. Schiffbricksaktien infolge von Positionslösungen und Prämienware recht rückgängig.

Konten hatten vorbörslich große Beachtung, konnten aber im offiziellen Verkehr die höchsten Kurse nicht halten. Schutzgebiet 4,82 nach 5,05. Kriegsanleihe 0,221 nach 0,239. Der Geldmarkt ist fürsorglich zwar noch unverändert, zeigt aber große Nachfrage nach Ultimogeld. Der französische Frank schwankte zwischen 135/8 und 135 1/2, der Zloty ging bis 11 zurück.

Polen und Abrüstung.

Ein sozialistischer Vorstoß.

Unser polnischer Korrespondent schreibt:

In Polen besteht die allgemeine Dienstpflicht mit zweijähriger Dienstzeit. Das stehende Heer beträgt ungefähr 300 000 Mann, wozu noch einige Grenzschutztruppen im Osten kommen, die ressortmäßig zum Ministerium des Innern gehören. Die Ausgaben für Rüstungszwecke im polnischen Staatshaushalt verschlingen seit Jahren rund 40 Proz. der Staatseinnahmen.

Es liegt auf der Hand, daß sich damit Polen eine überhöhere Last aufgebürdet hat. Trotzdem war es noch bis vor kurzem völlig unmöglich, die Frage der Abrüstung aufzurollen. Es galt als Dogma, daß Polen bei seiner bedrohlichen Lage zwischen Deutschland und Rußland gerüstet sein müsse. Infolgedessen suchte Polen durch militärische Bündnisse sowie durch Entwicklung seiner Rüstungsindustrie seine militärische Bereitschaft zu erhöhen. Erst die wirtschaftliche Not hat die Abrüstungsfrage in Polen diskutierbar gemacht. Gemisch ist in diese Zeit auch die polnisch-russische Entspannung und der Locarno-Pakt. Es ist aber keine Frage, daß diese politischen Momente allein hierzu nicht geführt haben würden.

Es ist in erster Linie das Verdienst der Polnischen Sozialistischen Partei, die Abrüstung ins Rollen gebracht zu haben. Schon vor Wochen stellte sie im Sejm den Antrag auf Herabsetzung der polnischen Heeresstärke auf die Hälfte. Inzwischen kam die Kabinettskrise, die bekanntlich mit der Bildung einer Regierung endete, an der die Polnische Sozialistische Partei teilnahm. Die erste und dringendste Aufgabe dieses Kabinetts ist, das Land vor der wirtschaftlichen Katastrophe zu retten, und so kam ganz von selbst die Frage der möglichen Ersparnisse zur Erörterung. Aber selbst unter diesen Umständen zeigte sich ein kaum überwindlicher Widerstand gegen Abrüstungsmaßnahmen. Die Rechte hätte die Ersparnisse am liebsten bei den sozialen Versicherungen begonnen. Nur durch die Drohung des Austritts aus der Regierung erreichte es die Sozialdemokratie, daß der neue polnische Kriegsminister sich verpflichtete, in zwei Monaten Gesetzentwürfe über den Abbau überflüssiger Offiziere und eine Verringerung der Dienstzeit vorzulegen.

Der Druck, unter dem die polnische Regierung in diesen Fragen steht, ist deshalb besonders groß, weil die ausländischen Konsortien, mit denen wegen einer Auslandsanleihe verhandelt wird, unter anderem zur Bedingung gemacht haben, daß das polnische Budget von rund 2 Milliarden Zloty auf 1,5 Milliarden verringert wird. Willkome und größere Ersparnisse lassen sich aber nur am Heeresetat machen. Allerdings sollen auch die Beamtengehälter um 5 Proz. herabgesetzt werden. Das ist aber, da die Gehälter ohnedem zu niedrig sind, eine sehr ansehnliche Maßnahme.

Warschau, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit der Verringerung des Staatsbudgets werden durch Verordnung der polnischen Regierung in nächster Zeit 40 000 Soldaten des stehenden Heeres beurlaubt. Außerdem ist die Einziehung des nächsten Jahrganges auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Von den Offizieren sollen zunächst 2000 beurlaubt werden, um später endgültig aus dem Heere auszuschreiben.

Kommunistische Schwierigkeiten.

Eingehen der Wiener „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ teilt heute mit:

Wie die Blätter erfahren, ist das Parteiorgan der Deutscher Reichs-Kommunistischen Partei, „Die Rote Fahne“ in Wien, am Sonnabend und gestern infolge Fehlens von Mitarbeitern nicht mehr erschienen. Die Blätter erfahren hierzu, daß das kommunistische Parteisekretariat die Absicht habe, das Blatt, wenn auch in vermindertem Umfang weiter erscheinen zu lassen. Sollte dies nicht möglich sein, dann wird die „Rote Fahne“ als Wochenblatt ein- bis zweimal in der Woche herausgegeben werden.

„Wozzek“ — die Oper des Grauens.

Staatsoper.

Ein historisches Datum. Ohne großen Widerspruch bei einem in Sachen der Moderne recht unnahegelegenen Publikum zu finden, setzte sich das problematischste aller neueren Musikwerke durch. Eine für unaufrührbar geltende Szenenfolge schien in der untrüglichen Hand eines Formkünstlers caudis zusammengefasst und die gelungene Sprechmelodie fügte sich dem von Kleiber artifizisch vollendet vorbereiteten Orchester zwanglos ein. Fast spürte man nicht das Einmalige eines Werts, die Konfession zwischen der streng-naturalistischen Methode Büchners und der mystische Hintergründe offenbarenden Klang-Atmosphäre Alban Bergs. Das Unmögliche schien wahr geworden zu sein, daß nämlich aus dem Geist der Musik heraus die harte Logik eines Schauerstücks vorredet, vernunftschlicht, ins Psychologische hinein vertieft wurde. Dunkelheiten werden transparent gemacht, phantastisch Auseinanderstrebendes bündigt ein Formstann von strengster Kultur. Wo zwischen den Szenen das Denken und Irren einer geplagten Kreatur wunderbare Wege geht, da gestaltet Berg in seinen sinfonischen Spielen das einzelne zu einem Allgemeinereignis, das Allgemeine aber erhält in der besonderen Betonung schauriger, gräßlicher, schicksalhaft-verstümmelter Stimmungen seinen speziellen Charakter. Aus 25 Szenen werden 15, aus 15 Szenen 3 Akte im Sinn der Epopöe des Dramas, des nachklingenden Apfels. Dieser Aufruhr wuchtet in uns nach. Es ist ja nicht diese einzelne, verknüpfte, trankle arme Tawel, der da leiden, darben, töten, sterben muß, es ist das ganze Volk von Unterdrückten, das hier seinen Gewaltherrn ausgeliefert, an ihnen und ihrem Befehl verbluten muß. Dieser Gesamtenor wird in der Oper noch stärker fühlbar als im genialen Drama. Berg erreicht diese gestraufte Stimmung durch die klare Disposition seiner musikalischen Nummern, durch die feste Stellung des Rahmens, durch so vorräne Technik der Form, durch einen unerschütterlichen Rhythmus an koloristischer, an Ausdrucksvariation. Wenn das irdische Geschehen an Grausigkeit und mörderischer Sicherheit die Sinne martert, dann hebt der Komponist diese Brutalität eines Schicksals in die Geistigkeit eines unwirklichen, traumhaften, jenseitigen Ereignisses. Der Musiker, der aus einem Ton, aus einem Rhythmus, aus einem Akkord heraus eine solche Vielgestalt an dynamischen Effekten und stärksten Erhalten kontrapunktisch zinnert, der so kontrastreich Schlaflied und Mordplan, jüngstes Gericht und Polka mischen, der aller menschlichen Kleinheit und aller Symbolik in der Natur die adäquaten, pochendsten Orchesterorgane erkennen kann, der Mann, der einen komplizierten Orchesterapparat so klar verwenden und ohne eigentliche Thematik doch Mensch und Situation, Echtheit und Trug so charakteristisch zu konturieren weiß, — der ist ein Meister.

Wozzek rastert, läuft, schuftet. Der musikalische Rhythmus läuft seinem Tun voraus, und dunkle Bläserstimmen umschatten sein

Seelenleid. Marie liebt, betrügt, singt Schlaflieder, der Doktor philosophiert, der Hauptmann predigt, die Luft geistert und der Mond zieht blutrote Streifen am Horizont. Überall sind der Musiker eigenartige, schrille, schreiende, aufsteigende, verknüpfende, visionäre, trübselige Akzente für das Grauen, das Eiskauern, das Fühlen und Zittern. Gerade, daß dieser Akzente noch singen kann und daß sein Herz ihm die Feder führt, das macht ihn wertvoll. Und dennoch —

Dieses Wozzek-Erlebnis hastet zwar. Aber es ist ein einmaliges. Auf diesem Weg wird nur formal, nicht stofflich und nicht ergebnismäßig die Oper fortgeschritten. Die Kunst fordert Befreiung, Erlösung, Reinigung als Effekt ihrer sinnlichen Wirkung. Hier aber tolt der Wahnsinn, hier ist zur Erschütterung das Entsetzen, zum seelischen Kampf um Recht und Schicksal der Krampf gekommen, und dem Mitleiden versperrt die Pathologie des Helden den Weg. Unsere Sinne, unsere Nerven ertragen das nicht.

Die Aufführung war hervorragend. Die Dreiteilung der Bühne erleichterte es, ermöglichte dem Regisseur Hörth, Visionen spulhaft huschen, Risiko-Stilstände einfüßsam zu machen. Die Bühnenbilder von Aragantinos, einfach, düster, märchenhaft, waren aus Dichtung und Musik heraus empfunden. Kleiber deutete die höchst schwierige Partitur mit dynamischer Meisterschaft. Sigrid Johanson war eine Marie von soviel Saft und Weibheit, daß ihr Spiel genügt hätte, um dem Abend höchstes Niveau zu sichern. Schühendori spielte den depressiven, bleichen, gemarterten Wozzek gelegentlich wohl allzu kleinbürgerlich, raffte sich aber in der Rolle zu irrer, steigender Größe auf. Alle anderen — Henke, Soat, Billing, Abendroth, Kozé, Osterkamp, Borchardt — fanden sich mit den sehr schweren rhythmischen Deklamationen glänzend ab. Selbst ein Kind schien in dieser Welt des Grauens einsam und sonnig ein Gefühl von Verantwortung zu haben. Alban Berg durfte zugeben sein, durfte sich uns und all seinen Wiener Verehrern oftmals zeigen. Kurt Singer.

Schwedische Anekdoten. Bei einem großen Festessen, das von der Gesellschaft „Der Funke“ in Götterburg für den eben von einer seiner eindrucksvollen Reisen durch Innerasien zurückgekehrten Sven Hedin veranstaltet worden war, hielt der auch in Deutschland bekannte Rater Carl Varson die Festrede: „Sven Hedins ist sieben Tage lang ohne Wasser gewesen.“ sagte er, „das ist doch nichts Wertwürdiges! Ich habe sieben Jahre lang kein Wasser getrunken!“

Beinliches erlebte einmal der schwedische Erzbischof Sundbora. Man hatte ihm von einem Offizier erzählt, der außerordentlich geschickt in Lotteryspielertumständen sei. Sobald er daher mit dem jungen Mann zusammenkam, sagte er ihm: „Als Bischof ist es meine Pflicht, allem Raubermorden entgegenzutreten. Da ich nun den schlimmsten Herrenmeister Karteslobis vor mir habe, möchte ich gern eine Probe Ihrer Kunst zu sehen bekommen.“ Verlegen entschuldigte sich der Leutnant, sein ganzes Können bestche ja nur im

Kartenspielen; leider habe er aber kein Kartenspiel bei sich. Hätte vielleicht der Herr Erzbischof —? Da kam er schon an: „Bin ich ein fleischerlicher Portenpieler, der am hellen Vormittag schon Karten bei sich trägt? — Verzeihen, Eure Eminenz, aber da auch Ihnen doch der Pique-König aus der Brust ist.“ Und nicht nur den Pique-König, sondern zwei komplette Kartenspiele zog der Uebermütige dem verdugten Kirchenfürsten unter allgemeinem Paffo der Anwesenden aus der Tasche. Natürlich hatte sie der virtuose Lotteryspieler blitzschnell aus seinem Rockärmel hinein präpariert.

Der Ornithologe Wetterberg hatte sich ein ganz eigenartiges Mittel ausgedacht, um seiner Frau anzugewöhnen, von ihm nur in den dringendsten Fällen Geld zu verlangen. In seinen naturwissenschaftlichen Sammlungen befand sich auch das Skelet eines Verbrechers. Diesem stellte er eine Banknote in das grünelnde Gesicht. Wollte nun die Frau Geld haben, so mußte sie es sich dort in der abendlichen Dunkelheit unter Wangen und Grauen immer erst selber holen. Denn kann es der Frau nicht verübeln, daß sie eines Tages von dem Recht der Geheimniserhaltung Gebrauch machte, einmal fortging, aber dann vergaß, zu ihrem zukünftigen Gatten wieder zurückzukehren.

Der Rekordflug einer Schwalbe. Den Rekord eines Vogelfluges hebt der englische Ornithologe H. F. Witherby, der sich hauptsächlich mit dem zuerst in Deutschland geübten „Ringversuch“ in großem Maßstab beschäftigt, in einem Fachblatt herab. In Kapstadt ist eine Seeschwalbe gefangen worden, die im Frühjahr 1919 in Northumberland beringt wurde. Witherby hat im letzten Jahr allein mehr als 18 000 Vögel mit Ringen ausgestattet, und seit der Einführung dieses Versuches in England 1909 haben durch ihn mehr als 150 000 Vögel eine solche Bezeichnung erhalten. „Vange Fänge von Vögeln sind an und für sich schon interessant“, sagte er, „aber der hier in Frage stehende Fall ist nach meiner Ansicht ohne Vorläufer. Es ist der erste Bericht darüber, daß ein solcher Vogel so weit nach Süden gewandert ist. Ein anderer bemerkenswerter Fall ist die Kreuzung des Atlantischen Ozeans durch eine Stummelmöwe, die als junger Vogel auf den Farne-Inseln 1923 beringt wurde und 1924 in Neuseeland geschossen wurde. Das ist der erste Bericht über einen Vogel, der den Atlantischen Ozean überflog. Schwalben gehören unzweifelhaft zu den Vögeln, die die weitesten Entfernungen zurücklegen, und wir haben schon 8 Fälle, in denen beringte Vögel in Südafrika gefangen wurden. Wildente und Ardenente kommen den Schwalben in der Ausdauer des Fliegens am nächsten, und zahlreiche in England beringte Vögel dieser Art sind in Finnland und in baltischen Ländern geschossen worden.“

Ein Städt. Volks-Konzert des Berl. Städt. Orchesters unter Leitung von Direktor Riles findet Mittwoch 8 Uhr in der Musikakademie statt. Programm: Einhorn G. Dur mit dem Paukenschlag von Dabbe, Einhorn für Viol., Violoncello und Cello mit kleinem Orchester von Rozart und Einhorn Nr. 5 von Beethoven. Eintritt 40 Pf.

Die Herbst-Ausstellung der Berliner Secessions wird nunmehr endgültig am Sonntag, den 20. Dez., mittags 2 Uhr geschlossen.

Ein unbekanntes Märchen von Andersen, das den Titel „Der König, die Königin und der Ritter“ führt und in dem die beiden Dichter eigenen Märchen die Geschichte der Epikurien erzählt, wurde unter dem Handschriften des Dichters in der Kopenhagener Bibliothek entdeckt.

Die Arbeiterdelegationen in Rußland.

Wie sie betrogen wurden.

Bei ihrem Aufenthalt in Rußland besuchte die deutsche Arbeiterdelegation im August d. J. auch das Gefängnis in Jekaterinburg, um die Lage der politischen Gefangenen kennenzulernen. Wie dieser Besuch von den Behörden vorbereitet und durchgeführt wurde, geht aus dem Briefe hervor, den die russische sozialdemokratische Auslandsdelegation auf illegalem Wege erhalten hat.

Am 3. August wurden auf Veranlassung der Behörden eilige Vorbereitungen für den Empfang irgendwelcher Gäste getroffen. Auf Befehl des Gefängnisdirektors wurde eine Anzahl politischer Gefangener in eine der besten Zellen, Nr. 29, übergeführt. Ein großer Teil der politischen Gefangenen jedoch, darunter auch Arbeiter von den größten Petersburger Werken, wurden aus dem Keller nach den Kellerräumen der Tscheka geschafft. Am Morgen des 4. August wurde im Gefängnis selbst eine Generalreinigung vorgenommen. Die zurückgebliebenen Gefangenen sahen, daß irgendeine neue Komödie in Vorbereitung sei, und daß offenbar eine ausländische Delegation zur Besichtigung eintreffen würde. Sie beschloßen, in Anbetracht ihrer langjährigen Gefängnishaft wie auch des eigenartigen Auftretens der deutschen Arbeiterdelegation in Rußland, sich von jedem Verkehr mit ihr zurückzuhalten. Wahrgenommen für diesen Beschluß war für sie nicht nur das Mißtrauen gegen die Delegation, sondern auch die Tatsache, daß unter den Gefangenen keiner war, der genügend die deutsche Sprache beherrschte und daß infolgedessen ein Kommunist als Uebersetzer fungieren mußte. Ueber den Verlauf des Besuches wird in dem Brief folgendes mitgeteilt:

Die Delegation teilte sich sofort in zwei Gruppen. Der vorführende Freiburger und ein anderes Mitglied, das tschechisch sprach (offenbar Reimann), traten an die Sozialisten heran. In Anbetracht der Unkenntnis der Sprache war die Verständigung sehr schwer. Die Delegierten begannen mit der Erklärung, daß sie „auch selbst Sozialisten seien“. Sie fänden die schwierige Lage der Gefangenen, deshalb werde der Inhalt der Unterredung streng geheim bleiben. Sie interessierten sich für die Parteizugehörigkeit der Gefangenen, für die Ursachen ihrer Haft, für den Charakter ihrer Inhaftierung. Die Antworten der Gefangenen waren kurz: „Hier befinden sich zwei Gefangene unter der Anklage der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, einer wegen Zugehörigkeit zur Sozialrevolutionären Partei und einer wegen Zugehörigkeit zu den Anarchisten. Alle sind auf administrativem Wege verbannt. Die Ursache der Verbannung ist die Ueberzeugung der Politischen Staatsverwaltung (Tscheka), daß sie den erwähnten Parteien angehören; in Rußland genügt das, um formell für eine gewisse Zeit, in Wirklichkeit aber für immer der Freiheit beraubt zu sein. Drei von den vier genannten Gefangenen verbüßten im Solschewki-Kerker die ihnen auferlegten Strafen, um jetzt in den Endlosen Sibiriens neue Strafkraften zu verbüßen. Das sei alles, was die Gefangenen ihnen antworten könnten. Von weiterem Verkehr seien sie gezwungen, Abstand zu nehmen.“

Die Gefangenen begründeten dann ihren ablehnenden Standpunkt: Die Delegierten müßten doch ihre zweideutige Stellung im Gefängnis selbst einsehen. Diejenigen, die diese Reise organisierten, führten Empfänge und Paraden inszenierten, Begrüßungsreden hielten und ähnliche Begrüßungsgespräche von den Delegierten herausbrachten, die bereits von vornherein in herzliche Beziehungen zu ihnen getreten waren, seien gleichzeitig die, die mit allen Mitteln die russischen Sozialisten unterdrückten. Infolgedessen gäbe es für die Gefangenen und die Delegierten keinen gemeinsamen Boden, deshalb sei die weitere Unterredung überflüssig. — Die Delegierten waren damit nicht einverstanden. Die Gefangenen wiederholten die vorgebrachten Gründe. Material über die Lage der russischen Gefangenen könne man bei den Vertretern der russischen sozialistischen Parteien in Berlin erhalten. Die Lage von Tieren hinter dem Gitter, die als Objekt der Neugierde von Besuchern dienen, sei nicht geübt, Vertraulichkeit zu wahren. Schließlich baten die Gefangenen die Delegation, ihren Standpunkt zur Kenntnis zu nehmen, und versicherten sie ihrerseits, daß sie das aufrichtige Interesse der Delegation anerkannten. Damit nahm die Unterredung ihr Ende.

Aus dem weiteren Bericht sei noch ein charakteristisches Moment hervorgehoben. Ein Gefangener wies einem Delegierten die Nummer einer bolschewistischen Zeitschrift vor, in der ein offener Brief der Delegation an den „Vorwärts“ veröffentlicht war, in dem die Verhältnisse in Sowjetrußland gepriesen wurden. Der Delegierte war empört und erklärte, daß derartige Briefe nicht von der Delegation ausgehen könnten. Nach einer erregten Aussprache unter den Delegierten erklärte der tschechisch sprechende Delegierte, daß sie während ihres Aufenthalts in Sowjetrußland für die in den Zeitungen erscheinenden Mitteilungen nicht verantwortlich seien.

Am Schluß des Briefes heißt es: „Drei Stunden nach dem Besuch der Delegation wurden alle, die nach den Kellerräumen der Tscheka geschafft worden waren, wieder nach ihren Zellen im Gefängnis transportiert. Die Komödie war zu Ende. Der Vertreter der Tscheka, der diesen Transport leitete, bekannte dies offen.“

Belgien — Rußland.

Handelsbeziehungen und Anerkennung.

Brüssel, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorherrschaft der Handelsgruppen wichtige Besprechungen darüber stattgefunden, ob eine baldige Aufnahme der Beziehungen Belgiens zu Rußland ratsam sei. Aus den vorliegenden Berichten geht hervor, daß die russische Einfuhr nach Belgien in der letzten Zeit stark zugenommen hat. Unter den an Rußland interessierten belgischen Wirtschaftlern war die Ansicht geteilt, ob amtliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zur Entwicklung des Handels unerlässlich seien. Die Regierung wünscht dagegen solche Beziehungen. Zunächst denkt man an Konsuln in Brüssel und Moskau sowie an ein Handelsabkommen nach dem Muster des englischen vom Jahre 1921. Die De-Jure-Anerkennung soll erst erfolgen nach der Regelung des belgischen Eigentums in Rußland sowie nach der Anerkennung der Beziehungen Belgiens zu Armenien und Georgien. Demgegenüber fordert Sowjetrußland die De-Jure-Anerkennung gleichzeitig mit der Aufnahme der Handelsbeziehungen.

Das französische Einreisevisum wird, wie von der französischen Regierung amtlich erklärt wurde, Reichsdeutsche auch zum Besuch Elsaß-Lothringens berechtigen; nur Reichswehr- und Schupmitglieder brauchen dazu besondere Erlaubnis.

Stehendes Volk.

Im Laufe der Entwicklung ist aus dem sechsten Volk des vorigen Jahrhunderts wieder rastlos schweifendes Nomadentum geworden. Wenn wir modernen Großstädter zweimal täglich von und zur Arbeitsstätte viele Kilometer weit gejagt werden, wenn das Ausschauen einer abendlichen Erbauungs- oder Vergnügungsstätte ebenfalls zur Hälfte aus Raumüberwindung besteht, und wenn eine sonntägliche Berührung mit der Natur eine — nach altväterlichen Begriffen — weite Reise notwendig macht, so wird der polizeirevierlich bestätigte „feste Wohnsitz“ immer mehr zu einer Fiktion. Verbringen nicht schon die meisten Menschen mehr wache Stunden ihres Daseins in einem der großstädtischen Behälter, als im immer noch so genannten „trauten Heim“? Nein, wir sind wieder „fahrendes Volk“ geworden, und zwar eine besondere, früher nicht bekannte Spezies, nämlich „stehendes Volk“. Schon Hegel lehrte ja, daß im dialektischen Umschlag des Geschehens sich eine Synthese auf höherer Basis ereigne. Diese höhere Basis wird zweifellos dargestellt in den Bodenbreitern unserer Hoch-, Borori- und Untergrundbahnen. Hier verdrängen wir modernen Vaganten in den besten Jahren unseres Lebens viele und kostbare Stunden, zusammengepreßt, stehend, gerüttelt, gekostet, gekostet, und in einer unbestimmten Atmosphäre. Es soll freilich Leute geben, die gelegentlich einen Sitzplatz erobern, doch scheinen sie irgendwo von einem blindwandelnden, ungerichteten Geschick begünstigt, und ließe sich eine neue Art des Klassenkampfes aufständischer, stehender Söhne gegen die Sitzenden innig nachfühlen. Hier kann uns auch Ford nicht erlösen, denn europäische Engstirnigkeit hat schier unüberwindliche Zollmauern an unseren Grenzen aufgeführt. Und ehe einmal das bewußte wählende Volk die sperrenden Wälle niederreißt, und auch wir Europäer nicht nur wie bisher vor allem die Rücksicht, sondern auch die Vorteile der modernen Zivilisation genießen dürfen, werden wir uns vielleicht schon „angepakt“ haben, werden uns im Laufe der Generationen durch organische Veränderungen zu „Stehmenschen“ entwickelt haben, und auch biologisch das sein, was wir heute nur faktisch sind: „stehendes Volk“.

Nach 6 Jahren gefährt.

Der wiedergewonnene Geistesranke.

Nach 6 1/2 Jahren wurde der Händler Otto Grunert jetzt erst vom Schöffengericht Schöneberg für eine Bstulpat, die ein Menschenleben gefordert hatte, zur Verantwortung gezogen. Am 12. Juli 1919 war in einem Hause in der Potsdamer Straße ein Einbruch verübt worden. Die Einbrecher hatten mit Dietrich die Wohnungstür geöffnet und eine reiche Beute an Silberfachen davongetragen. Beim Verlassen des Hauses entfiel ein goldener Pokal einem der von den Dieben weggeschleppten Beute, so daß der Portier des Hauses sofort merkte, daß ein Einbruch verübt worden war. Die Diebe verfluchten, ihn durch Angebot eines Teiles der Beute für sich zu gewinnen. Als das dem redlichen Willen des treuen Hauswirts scheiterte, versuchten sie zu fliehen. Auf die Hilferufe des Portiers begann eine Hetzjagd. Als sich die Verbrecher an der Bülowstraße fast eingeholt sahen, drehte sich der jetzige Angeklagte um und schoß auf den ihm dicht auf den Fersen befindlichen Portier. Dieser sprang rechtzeitig zur Seite und die Kugel traf einen ganz unbeteiligten Hausdiener Engel in Hals und Rückenmark. Engel verlor bald danach an den Folgen der Verletzung. Grunert wurde zwar festgenommen, konnte aber bisher nicht abgeurteilt werden, da er im Gefängnis geisteskrank wurde. Nach dem Gutachten der Gerichtsärzte ist er jetzt wieder vollständig geheilt und war auch zur Zeit der Tat gesund. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg wollte er sich an nichts mehr erinnern können, auch nicht, daß er überhaupt geschossen habe. Die Zeugenernehmung ließ aber keinen Zweifel an seiner Schuld, und er wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Protestkundgebung der Hundebesitzer.

Eine Protestversammlung gegen die geplante Erhöhung der Hundsteuer fand gestern in den dicht gefüllten Kammerräumen in der Teltower Straße statt. Die teilweise sehr stürmische Versammlung wurde durch einen Vortrag des Tierarztes Dr. Brande-rotz eingeleitet, der mit viel Gefühlsintensität den Hund als sozialen, kulturrellen und technisch-profilischen Faktor würdigte. Der Redner polemisierte heftig gegen die Erhöhung der Steuer, die dem Reichen dieselbe materielle Belastung auferlege wie dem Ärmsten und charakterisierte sie als „nichswürdig und unmoralisch“. Ober-tierarzt a. D. Dr. Klingner verlangte die Einstellung der Steuer und die Besteuerung der Wack- und Ziehunde. In der erregten Diskussion kamen alle Gefühlsschattierungen zum leidenschaftlichen Ausdruck. Gleich zu Beginn der Aussprache erfolgte ein heftiger Zusammenstoß zwischen dem Vertreter der Tierchutzvereine und Kynologen Gutmann und der Verhandlungsleitung. Gutmann griff die Veranstalter der Versammlung an und betonte, daß mit rühmlichen Taten nichts getan sei. Er entwickelte dann ein Bild der Arbeiten des Ausschusses für Hundfragen. Die Magistratsvorläufe der Steuererhöhung auf 70 M. sei noch immer Projekt, am Dienstag tritt eine Kommission zur sachlichen Behandlung der Steuerfragen zusammen. Im übrigen konnte sich Gutmann eines geschmacklosen Seitenhieb auf die sozialdemokratische Fraktion nicht enthalten. In der Diskussion gab es sehr viel berechtigte Empörung und gar zu wenig praktische Vorschläge. Ein temperamentvoller Redner forderte seine Leidensgenossen auf, die „Maulkörbe abzuräumen“ und mit den entseelten Tieren das rote Haus auszuräumen. Auf den Stabkammern wurde mächtig geschimpft. Mit Recht wurde von verschiedenen Seiten leidenschaftlich dagegen protestiert, daß der Bankdirektor für seine Augustiere genau denselben Steuerfuß zahlt wie der arme Mann. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die die Erhöhung der Steuer ablehnt und die Staffellung fordert. In Kürze soll auch noch eine Straßendemonstration mit Hundstatten stattfinden.

Konzert im Waisenhaus.

Das Berliner Waisenhaus zu Rummelsburg sah am Sonntag bei sich eine Schar von Gästen, die den weiten Raum der in freundlichen Farben erneuerten Turnhalle füllten. Angehörige von Jünglingen und Mitglieder des Vereins ehemaliger Jünglinge waren gekommen, an einer künstlerischen Veranstaltung teilzunehmen, die das Band zwischen Anstalt und Familie fester knüpfen sollte. Man bemerkte unter den ehemaligen Jünglingen manchen, der schon in beträchtlich vorgerücktem Alter steht, aber dem Waisenhaus die alte Anhänglichkeit und Treue bewahrt hat. Auch Bezirksjugendämter, die den Wert solcher Veranstaltungen zu schätzen wissen, waren vertreten. Das Konzert bot ernste und heitere Musik, Tonwerte von Haydn, Beethoven, Richard Wagner, Wilhelm Kienzl, auch von Offenbach, Abt und anderen. Dem Waisenhausdirektor Sehm war es gelungen, Mitwirkende von bestem Können zu gewinnen, das Opernsänger-Theopold Karl Schönherr und Rita Schönherr, den Konzertsänger Werner, ein Streichquartett der Gemeindeschullehrer Köppen, Handr. Fürstenau, Schmalpfeffer. Alle hatten sich gern und freudig zur Wirklichkeit bereit erklärt. Sie ersteten bei der Zubereitungsperiode Anerkennung und lebhaftesten Beifall. Recht flott sang auch der Kinderchor des Waisenhauses, der ernste und lustige Vieder vortrug.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung wird sich ausschließlich mit der Erledigung der zahlreichen vorliegenden Anträge beschäftigen, aber es ist zu befürchten, daß es nicht möglich sein wird, alle Anträge zu verabschieden. Als einzige Vorlage steht zur Beratung die Berichterstatterung für die Neuwahl der Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften.

Hier handelt es sich aber nur darum, daß ein formeller Beschluß gefaßt wird, der die Neuwahlen ermöglicht. Die Wahlen selber werden in der nächsten Sitzung am Donnerstag vorgenommen. Die Notstands- vorlage des Magistrats wird erst am Donnerstag behandelt. Donnerstag früh tritt noch einmal der Haushaltsausschuß zusammen, um über die Deckungsvorschläge des Magistrats zu beraten, die bei den gestrigen Verhandlungen noch nicht vorlagen.

Ein internationaler Rundfunkabend.

Heute abend wird der Berliner Sender von 11 bis 12 1/2 Lang- musikk geben. Das geschieht diesmal aber nicht, um vor allem den Berlinern ein Freude zu machen, sondern vielmehr, um einem Versuch der Londoner Rundfunkstation zu entsprechen, die durch den Großsender Daventry diese Darbietungen über ganz England verbreiten will. Ueberall dort, wo heute in England in geeigneten Räumen die Lautsprecher tönen, wird man noch deutscher Musik tanzen können. Im Anschluß an die Uebertragung der deutschen Tanzmusik wird Daventry amerikanische Musik aus Pittsburg geben. Wer einen geeigneten Apparat besitzt, wird also hören können, was die Amerikaner ihren Hörern zu bieten vermögen. Die Besitzer von Detektorgeräten aber würden es sicherlich begrüßen, wenn der Berliner Sender nunmehr die Darbietungen von Daventry übernimmt. Das wäre dann wirklich ein „internationaler Rundfunkabend“.

Der herrenlose Freiballon ein — Reklameballon.

Der Hund der Freiballonhülle, die am Sonntag nachmittag in der Nähe von Malchow auf freiem Felde unweit der Chaussee von Automobilisten gemacht worden ist, hat sich erfreulicherweise sehr schnell als harmloser Natur aufgeföhrt. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen Reklameballon der Gummierke Julia handelte, der anlässlich der Automobilausstellung auf der Aous-Bahn im Brunenwald aufgeblasen war und sich schon vor Eröffnung der Ausstellung am 23. November losgerissen hatte und bisher spurlos verschwunden gewesen war. Der Ballon, der eine ziemlich weite Reise zurückgelegt haben muß, ist sicherlich während der letzten Zeit mit Schnee bedeckt gewesen und erst jetzt bei Eintritt des Tauwetters zum Vorschein gekommen.

Wucherpreise und Polizei.

Das Polizeipräsidium bittet uns auf Grund unserer Aufsätze: „Warum die Preise nicht fallen“ und „Das Großgeschäft mit der Weihnachtsstange“ festzustellen, daß die Namen unzuverlässiger Geschäftsleute bekanntgegeben worden sind, und daß auch schon gegen den Weihnachtsbaumwucher eingeschritten wurde.

Ein neuer eiserner Verkehrsbehördenmann. In der Ecke Tauengien- und Nürnberger Straße ist kürzlich vormittag ein neuer eiserner Verkehrsbehördenmann zur Regelung des Verkehrs aufgestellt worden.

Gartenkolonisten seien gewarnt vor einem Schwindler, der es auf Gärten abgesehen hat, in denen er Weidenkäthen schneiden kann. Die Silberkäthen sind jetzt eine Ware, die hoch im Preise steht. In den vergangenen Tagen wurden Kolonisten zwischen Treptow und Reutlin hingelockt. Der Spitzbube verfährt äußerst raffiniert. Er kennt genau Namen und Wohnort der Gartenbesitzer, die im Besitze von Weiden sind. Zunächst fragt er in der Wohnung an, ob die Käthen veräußert sind, was bisher abgelehnt wurde. Sofort danach begibt er sich auf die Kolonie, bricht die Gartentür ein und schneidet alles radikal herunter. In zwei Fällen wurde der Spitzbube von Gartennachbarn erwischt und zur Rede gestellt. Da er aber den Gartenbesitzer und dessen Wohnung genau angab, auch ein Schreiben vorwies, in dem der Besitzer durch Namensunterschrift erklärt, mit dem Schneiden der Weidenkäthen einverstanden zu sein, wurden die Gartennachbarn in den Glauben verführt, daß es sich so verhalte, wie der Spitzbube angab. Natürlich waren die Unterschriften gefälscht.

Das große Los. In der benannten 3. Klaffenziehung fiel auf Nummer 58 572 der erste Hauptgewinn von 100 000 Mark in die Lotterei-Einnahme des Jahres, Friedrichstr. 88. Wie wir hören, wird dieses Los von 8 versch. Ebenen, zum Teil recht bedürftigen Personen mit je 1 Anteil geteilt.

Ueber „Die neue Wohnung“. Das Verhältnis der modernen Architektur zur Malerei“ bricht Artur Segal in öffentlicher Versammlung des „Bundes unabhängiger Schulreformer“ am Dienstag, den 15. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Werner-Elementar-Realschulsaal, Hohenzollernstr. 47/48. Bruno Taut u. a. werden an der Aussprache teilnehmen. Mitteilend bricht Paul Dietrich über „Gemalt oder Gezeichnet? Dognastik oder Leistung?“ Unkostenbeitrag erbeten.

Locarno und die W. Schöpfung. Der Völkerrichter, Deutsche Volksbund, Berlin, veranstaltet am Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Reichstagsgebäude, Eingang V, einen Vortragabend. Wilhelm Delle, bei bester Vorführung des Bundes, hat in den letzten Monaten in Frankreich, England und der Schweiz gereist und wird auf Grund persönlicher Eindrücke mit ausländischen Staatsmännern über „Locarno und die Anschlussfrage“ sprechen. In den Vortrag wird sich eine Diskussion anschließen. Der Eintritt frei, Karten im Schloß Besondere.

Der Volksbühnen-Verlag hat eine neue Klassiker-Ausgabe herausgegeben. Bisher sind erschienen: Schiller 4 Bände, Goethe 6 Bände, Schopenhauer 6 Bände, Hebel 4 Bände und Gräbe 2 Bände, sämtlich in Ganzleinen und auf holzfreiem Papier. Die Werke sind für unsere Leser zum Vorkaufspreise von M. 3.— (Euchthandelspreis M. 4.50) auch in unseren Büchlein zu haben.

Bundesstag des A.R.B. „Solidarität“. Der deutsche Arbeiter-radsportbund „Solidarität“ wird seinen nächsten Bundesstag in der Zeit vom 17. bis 20. Juli 1926 in Karlsruhe in Baden abhalten.

Eine neue Talferre.

An der preussisch-luxemburgischen Grenze wird zwischen Dabburg und dem luxemburgischen Städtchen Vianden eine große Talferre und Rafifikation im Tale der Our, eines Nebenflusses der oberhalb Trier in die Mosel mündenden Sauer, errichtet. In Verbindung mit der Erbauung steht das Projekt einer dem Transport der Baumaterialien dienenden Bahn im Souertal von Station Eisingen über Eollendorf nach Wallendorf, die über Neuenburg Anschluss an das rheinische Bahnnetz der westlichen Eifel finden würde.

Bergmannstod. Ein schweres Unglück ereignete sich nach einer Weidung aus Bouthen auf der Carsten-Zentrum-Grube. Beim Abbauen eines Fellers plötzlich herabstürzende Kohlenmassen begruben die beiden Bergknappen Georg Vinzent und Franz Cgyrus. Die beiden Bergknappen konnten nur als Leichen geborgen werden.

Neue Fernsprechkabel nach Holland und England. Nachdem das neue Abenteurlabel bereits bis Wilhelm a. d. Ruhr mit Abzweigungen nach Köln und Duisburg belegt und damit eine wesentliche Verbesserung des Fernsprekverkehrs im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk geschaffen wurde, ist danach auch die weitere Abzweigung von Wilhelm über Beiel-Emerich in der Richtung nach Holland fertiggestellt. Infolge wurde in Holland ein Kabelnetz mit dem Knotenpunkt Utrecht vollendet, und es bleibt nur noch die letzte Verbindung über die Grenze mit dem deutschen Kabelnetz herzustellen.

Wetterbericht von Oberhof (Thür.). Barometer stand: 681 mm, Temperatur — 5° C. E. Schneehöhe 60 cm. Windrichtung: Westen. Sportverhältnisse für Ski und Kodeln gut.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Wkt. Mittwoch, 16. Dezember. Freitagsabend im Gemeindefest mit den Rinder- freunden, Rathaus, Zimmer 106. Vortrag des Genossen Löwenstein: „Woh- nungen und wir“.

